

„Verkehrschao vorprogrammirt“

Gegner des Kiesabbaus im Ilsetal hoffen auf Unterstützung durch den Petitionsausschuss

Der Widerstand gegen den geplanten Kiesabbau im Ilsetal hat sich aufs Neue formiert. Politiker in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen sind sensibilisiert worden.

Von Mario Heinicke
Bühne/Stötterlingen • „Die Gründe sind immens.“ So lautete ein erstes Resümee von Monika Hohmann, nachdem sie sich am Mittwoch in Bühne von Manfred Hundertmark und Joachim Moshake deren Probleme mit dem geplanten Kiesabbauvorhaben zwischen Bühne und Stötterlingen angehört hatte. Hohmann sitzt für die Linke im Landtag, ist dort Mitglied im Petitionsausschuss. Sie will erreichen, dass dieser Ausschuss ein Stopp gegenüber den Landesbehörden verfügt, die kurz vor einer Planfeststellungsentscheidung zum Kiesabbau Bühne-Ost stehen. Vor einer Entscheidung soll sich der Ausschuss mit dem Thema im Ilsetal beschäftigen.

Joachim Moshake, betroffener Landwirt aus Stötterlingen, hatte Anfang März eine Petition in Magdeburg eingereicht. Hohmann hofft, dass der Ausschuss sich im Juni mit dem Kiesabbau im Ilsetal befassen kann.

Ihr geht es dabei vor allem



Diskussion am Küchentisch über den geplanten Kiesabbau. Von links: Joachim Moshake, die Landtagsabgeordnete Monika Hohmann und Manfred Hundertmark.

Foto: Mario Heinicke

um eine umfassendere Beleuchtung des Vorhabens. Bisher, so wurde im Gespräch deutlich, liegt es im Wirtschaftsressort. Hohmann erwartet darüber hinaus Stellungnahmen aus dem Umweltministerium sowie aus Niedersachsen.

Zwischenzeitlich haben die Widerständler, neben Hundertmark und Moshake auch Wilfried Schmidt aus Stötterlingen, einige Reisen auf sich genommen. In Hannover sprachen sie mit Umwelt-Staatssekretärin Almut Kottwitz (Bündnis 90/Die Grünen). Denn das Kiesabbauvorhaben hat nach Ansicht der Ilsetaler Auswirkungen auf das für Niedersachsen außerordentlich wich-

tige Trinkwassereinzugsgebiet Börßum. Der Kiesabbaufläche und die Schutzgebietsgrenze an der Ilse sind nur wenige Meter voneinander entfernt. Kottwitz wolle nun mit ihrem Magdeburger Amtskollegen Klaus Rehda (Bündnis 90/Die Grünen) Kontakt aufnehmen. Mit in Hannover war auch der Schladener Bürgermeister Andreas Memmert (parteilos), der sich ebenfalls seit langem gegen dieses Vorhaben einsetzt.

Bereits seit über 20 Jahren droht der Region der Kiesabbau. Nach zehn Jahren Ruhe flammt es nun wieder auf. Wirtschaftsminister Armin Willingmann (SPD) hatte im Januar darüber informiert,

dass eine Entscheidung bis Ende März fallen solle. Zumal es angeblich keine schwerwiegenden Hinderungsgründe gebe.

Bisher hat es jedenfalls noch keine Entscheidung gegeben. Dafür hatten Hundertmark und Schmidt diese Woche Akteineinsicht im Landesamt für Geologie und Bergwesen. Bisher zählte neben dem Schutz des Trinkwassers auch der Hochwasserschutz zu den wichtigsten Argumenten der Gegner. Das sei nun nicht mehr aktuell, stellte Hundertmark kopfschüttelnd fest.

In alten Planungen war vor dem Abbaugbiet eine Verwaltung zum Schutz vor Über-

schwemmungen der Ilse vorgesehen gewesen. Damit wäre der Ilse allerdings natürliche Überschwemmungsfläche entzogen worden. Stattdessen solle nun auf die Verwaltung verzichtet werden und der gewonnene Kies gleich zum nahen anderen Kieswerk bei Suderode transportiert werden. Was für die Region zusätzliche Kiestransporte bedeuten würde. „Das Verkehrschao ist vorprogrammirt“, sagte Manfred Hundertmark.

Daher fordert er nicht nur die reinen bergrechtlichen Belange zu prüfen, sondern auch die Belastungen, die drumherum auf die Einwohner zukommen würden. Mit den Transporten auf den engen Straßen zwischen und in den Orten, Staubbelastungen, Lärm. Und nicht zuletzt für die Tierwelt im Ilsetal. „Es muss eine komplexe Entscheidung geben. Es ist so viel, was mit dranhängt.“

Joachim Moshake hält den volkswirtschaftlichen Nutzen des neuen Kieswerkes für fraglich, da es in der Umgebung bereits mehrere Abbaugebiete gibt. Wenn nach 20 Jahren statt Acker 33 Hektar Wasserfläche im Ilsetal zurückbleiben, werde die Stadt die Aufgabe haben, die Seen zu verwalten. „Hier wird für folgende Generationen ein Problem aufgemacht, das nicht notwendig ist“, warnt er mit Blick in die Zukunft.